

## INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

**LR Rudi Anschober**

**LH-Stv. Ing. Reinhold Entholzer**

**LR Dr. Michael Strugl**

**NAbg. Mag. Roman Haider**

18. Juli 2014

zum Thema

**"Ergebnisse der 5. Beiratssitzung für den Schutz des  
Eferdinger Beckens –  
Aktueller Stand und weitere Schritte beim  
Hochwasserschutz"**

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:  
Amt der Oö. Landesregierung  
Direktion Präsidium  
Abteilung Presse  
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12  
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88  
landeskorrespondenz@ooe.gv.at  
www.land-oberoesterreich.gv.at

DVR: 0069264

**Rückfragen-Kontakt:**

**Mag.<sup>a</sup> Tina Schmoranz (+43 732) 77 20-120 83, (+43 664) 600 72-120 83**

## **"Ergebnisse der 5. Beiratssitzung für den Schutz des Eferdinger Beckens – Aktueller Stand und weitere Schritte beim Hochwasserschutz“**

Das Hochwasserschutzprojekt für das Eferdinger Becken befindet sich in guter und konsequenter Umsetzung – Schritt für Schritt nimmt der geplante Schutz für die Bevölkerung Gestalt an. Die Schätzungen des Sachverständigen als eine Grundlage für die Angebote zur freiwilligen Umsiedlung sind weitgehend abgeschlossen, die Kontrollschätzungen durch das Finanzministerium bereits in Umsetzung. Die generelle Planung für das allgemeine Schutzprojekt steht kurz vor der Vergabe. Ein Abkommen auf politischer Ebene mit Deutschland, Bayern, Tirol und Salzburg bringt wichtige Fortschritte für das Eferdinger Becken. Die umfassenden Gutachten von Prof. Theobald/ Uni Kassel werden bei den nächsten Informationsveranstaltungen am 12. und 13. November 2014 im Nördlichen und im Südlichen Eferdinger Becken präsentiert.

### **Landesrat Rudi Anschober: Grenzüberschreitender Hochwasserschutz bringt Verbesserungen für Eferdinger Becken**

Linz, Salzburg, Passau und München waren jene Stationen einer Tour von Wasser-Landesrat Rudi Anschober, im Zuge derer wesentliche Abkommen für den grenzüberschreitenden Hochwasserschutz getroffen wurden.

Schon im Mai war Bayerns Umweltminister Dr. Marcel Huber in Linz zu Gast, die Zusicherung engster Zusammenarbeit im Hochwasserschutz auch auf politischer Ebene wurde besonders für folgende Bereiche gemacht:

- Rechtzeitige Vorinformation und Einbeziehung der Nachbarländer in die Planungen zu Hochwasserschutz-Projekten.
- Die geplanten Hochwasserschutz-Projekte in dem einen Land dürfen zu keinem Nachteil für das Nachbarland („Unterlieger“) führen.
- Zur Abschwächung der Flutwelle wird in Bayern intensiv nach Retentionsraum zur Einrichtung von Flutpoldern gesucht – Eine erste Studie an der Bayrischen Donau bringt hier eine Retentionsfläche für insgesamt 135 Mio. m<sup>3</sup> Wasser hervor.

In einem Treffen mit Salzburgs Wasser-Landesrat Dr. Josef Schwaiger war das für Oberösterreich wichtigste Projekt Thema, jenes in der Anteringer Au bei Oberndorf. Hier könnten 500 ha Augebiet für ein großes Retentionsgebiet genutzt werden. Oberösterreich und Salzburg wollen sich gemeinsam bei der Bundesregierung für die rasche Durchsetzung des Projektes einsetzen.

Für ein Sanierungsprojekt an der Salzach, nämlich im Tittmoninger Becken, liegen nun fünf Varianten vor, die Letztentscheidung für eines der Projekte wird hinsichtlich ihrer (positiven) Auswirkung in der Hochwassersituation getroffen.

Mit Passau möchte Anschöber ebenfalls eine Interessensgemeinschaft für Hochwasserschutz aufbauen, *„Wir sitzen hier wirklich in einem Boot - bei einem Treffen mit Oberbürgermeister Dupper wurde dies bekräftigt.“*

In München erfolgte letzte Woche eine Konferenz für den grenzüberschreitenden Hochwasserschutz, an der neben Anschöber und Bayerns Umweltminister Huber auch der deutsche Verkehrsminister, die Umweltministerien Österreichs und Deutschlands sowie die Wasser-Landesräte aus Salzburg und Tirol

teilnahmen. In einer gemeinsamen Erklärung einigten sich die Politiker auf eine noch engere Zusammenarbeit bei den Frühwarnsystemen und Prognosen, auf eine frühzeitige Information und den Verzicht auf Nachteile durch Hochwasserschutzprojekte der Oberlieger für die Unterlieger sowie auf die Suche und Verwirklichung umfassender Retentionsräume. Neben der schon vorliegenden Studie über Retentionsflächen an der Bayerischen Donau, soll im Herbst eine gemeinsame Studie über die Möglichkeiten am Inn in Auftrag gegeben werden, in der auch die Abstimmung der Kraftwerke sowie der Umgang mit Sedimenten integriert werden soll.

LR Anschober: *"Wir sitzen mit unseren Nachbarn in einem Boot – alles Wasser, das über Donau, Inn oder Salzach in die Nachbarländer kommt, bedroht auch Oberösterreich. Es freut mich sehr, dass es mir innerhalb eines Jahres gelungen ist, eine enge Zusammenarbeit für einen grenzüberschreitenden Schutz durch viele Retentionsflächen durchzusetzen. Jetzt müssen diese Projekte Schritt für Schritt umgesetzt werden, damit wir Zentimeter um Zentimeter eine Verringerung der möglichen Hochwässer für unsere Bevölkerung erreichen."*

### **Schätzungsgutachten für Umsiedlungsangebote sind weitgehend abgeschlossen – Kontrollschätzungen laufen**

Die Schätzungsgutachten des vom Land beauftragten Sachverständigen sind mit wenigen Ausnahmen fertiggestellt, einige wenige erfolgen aufgrund terminlicher Schwierigkeiten noch in den nächsten Wochen.

123 Schätzungsgutachten des Sachverständigen sind dem Finanzministerium schon zur Kontrollschätzung übermittelt worden, zu einem ersten Augenschein des Kontrollschätzers von 10 Objekten

im Eferdinger Becken kam es am Mittwoch dieser Woche. Termine des Kontrollschätzers vor Ort finden jetzt laufend für ausgewählte Objekte statt.

LR Anschober hat bei Finanzminister Spindelegger zwecks einer Beschleunigung der Kontrollschätzungen zu Gunsten der betroffenen Bevölkerung angesucht und eine zuversichtliche Reaktion erhalten. Der Abschluss der Kontrollschätzungen sollte bis Ende September möglich sein.

Sind die Kontrollschätzungen abgeschlossen und liegt der entsprechende Bericht des Finanzministeriums vor, können die Ergebnisse der Schätzgutachten in informellen Gesprächen den Betroffenen mitgeteilt werden. Die rechtsgültigen, verbindlichen Umsiedlungsangebote können der Bevölkerung erst ausgehändigt werden, wenn auch die Gemeinden ihre nötigen Widmungen durchgeführt haben.

### **Das generelle Projekt für den Schutz des Eferdinger Beckens kurz vor Vergabe**

Aufbauend auf einer geologischen Grundlagenstudie und der hydrologischen Modellierung des Hochwassers 2013 wurde die EU-weite Ausschreibung für das allgemeine Schutzprojekt im Dezember gestartet. Ein Hearing mit den fünf besten Bietern hat schon stattgefunden, gestern (17. Juli 2014) endete die Frist für Nachbesserungen. Die Vergabe-Entscheidung wird bis August passieren, nach einer vorgeschriebenen Stillhaltefrist mit Möglichkeit zum Einspruch für die Bieter wird die konkrete Vergabe inkl. Projekthandbuch vorgenommen.

Für die Ausschreibung wurde das Hochwasserschutzprojekt im Eferdinger Becken in drei Baulose geteilt:

- Donaunahe Siedlungsgebiete (4 Varianten erforderlich),
- Eferdinger Becken Süd (6 Varianten erforderlich),
- Eferdinger Becken Nord (4 Varianten erforderlich).

Die verschiedenen Varianten werden hinsichtlich Kosten und Nutzen sowie ihres Instandhaltungsaufwandes innerhalb einer Bewertungsmatrix ausgewertet – eine Entscheidung soll bis Ende 2015 fallen.

### **Aktueller Stand der Lamellenprognose – Werkzeug für Einsatzkräfte**

Um vor allem den Einsatzkräften ein gut lesbares Werkzeug in die Hand zu geben, das eine Umlegung der Pegelstände an der Donau auf die zu erwartend überflutete Fläche in den bewohnten Gebieten zulässt, wurden Lamellenprognosen beauftragt.

Aktuell liegen die Lamellen bereits vor – in einem für die künftigen Nutzer/innen gut lesbaren Dateiformat-, noch ausgearbeitet wird der Bezug zu den Prognosepegeln an der öö. Donau.

Eine vollständige Fertigstellung wird bis Ende des Jahres erwartet.

### **Landesrat Dr. Michael Strugl: Vier Gemeinden haben bereits Schutzzonen festgelegt**

Zwei große Aufgaben sind es, die in der Raumplanung derzeit in den Gemeinden anstehen: Die Verfahren zur Festlegung der Neuplanungsgebiete und der Schutzzonen sowie die Suche nach Ersatzgrundstücken gemeinsam mit den Experten der Abteilung Raumordnung.

*"Am weitesten fortgeschritten ist die Änderung der Flächenwidmungspläne, mit der die gelben Zonen in eine "Schutzzone Überflutungsgebiet" umgewidmet werden",* berichtet Wirtschafts-Landesrat Raumordnungsreferent Dr. Michael Strugl. Dadurch werden die Nutzungsmöglichkeiten festgelegt, alle betroffenen Grundeigentümer/innen müssen informiert werden. Die Schutzzone ist auch Voraussetzung für ein Absiedlungsangebot. In den Gemeinden Alkoven, Hartkirchen, Walding und Goldwörth wurden die Umwidmungsverfahren bereits eingeleitet und die fachliche Prüfung durchgeführt – mit grundsätzlich positivem Ergebnis. Die Gemeinden erhalten in diesen Tagen die fachlichen Stellungnahmen der Abteilung Raumordnung.

Was die Neuplanungsgebiete betrifft, sind die Handlungsempfehlungen der Abteilung Raumordnung bislang nur Hartkirchen und Walding für die gelben und die lila Zonen und in Goldwörth für die gelbe Zone umgesetzt. Das Neuplanungsgebiet dient so wie die Schutzzone dazu, den Rahmen der zulässigen Baumaßnahmen festzulegen.

### **Intensive Suche nach Flächen für Aussiedler in den Gemeinden**

Mit Lokalausweisungen und Begutachtungen unterstützen die Experten der Abteilung Raumordnung die Gemeinden auch bei der Suche nach möglichen Ersatzgrundstücken für potenzielle Aussiedler/innen. Zahlreiche Flächen wurden geprüft, wobei bei der Vorbegutachtung ein moderater Beurteilungsmaßstab angelegt wird, wie Wirtschafts-Landesrat Strugl versichert. In den hauptbetroffenen Gemeinden Feldkirchen, Walding und Alkoven wurden so bisher rund 13 Hektar als grundsätzlich geeignete Flächen identifiziert. Parallel dazu prüfen die Gemeinden die Verfügbarkeit dieser Grundstücke sowie die Preisvorstellungen der Eigentümer/innen.

## **Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Reinhold Entholzer**

Natürlich müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um künftig Schäden von Hochwasserkatastrophen so weit wie möglich hintanzuhalten und zu minimieren.

Neben grenzüberschreitenden Kooperationen im Bereich Hochwasserschutz sowie der Schaffung von Retentionsräumen ist vor allem die rasche Planung und Umsetzung des technisch möglichen Hochwasserschutzes vorrangig. Hierbei sollten die geplanten Hochwasserschutzmaßnahmen unter Einbindung der Gemeinden entwickelt werden und deren Vorschläge bestmöglich Berücksichtigung finden, wobei spätestens Ende 2015 ein konkretes Projekt vorliegen muss.

Im Interesse der Betroffenen und der Gemeinden ist daher rasche Klarheit über die weitere Vorgangsweise und maximale Transparenz notwendig. Daher befürworte ich natürlich auch die künftige Veröffentlichung der Protokolle der Beiratssitzungen zum Schutzprojekt Eferdinger Becken auf der Homepage des Landes Oberösterreich.

Vorrangig ist nun, dass zügig die Schätzungsgutachten abgeschlossen werden und deren Ergebnisse kommuniziert werden. Derzeit erfolgt die Kontrollschätzung durch das BMF. Ein ganz wichtiger Punkt wird anschließend für die betroffenen Familien sicherlich sein, ein entsprechendes Angebot an leistbaren Ersatzgrundstücken in ihren Gemeinden vorzufinden, um sich möglichst rasch eine neue hochwassersichere Zukunft in ihrer gewohnten Heimat aufbauen zu können.

Jeder Hochwasserschutz dieser Dimension ist ein Großprojekt von enormer baulicher, aber auch finanzieller Dimension. Dessen bin ich

mir gerade als Gemeindefeferent bewusst. Aber wenn dadurch künftig großräumige Schäden minimiert oder gar verhindert werden und Menschenleben geschützt werden, ist es eine bestmögliche Investition in die weitere Zukunft.

### **Nationalratsabgeordneter Mag. Roman Haider**

Für NAbg. Mag. Roman Haider hat oberste Priorität, dass den Absiedlungswilligen so bald wie möglich das Schätzgutachten vorgelegt wird. Man dürfe nicht vergessen, dass es sich hier um Lebensentscheidungen handelt und die Menschen daher so schnell wie möglich Sicherheit haben möchten. Die Prüfung der Schätzgutachten durch das Finanzministerium müsse über den Sommer zügig durchgeführt werden, damit die Betroffenen spätestens im September entscheiden können, ob sie das Absiedlungsangebot annehmen oder nicht.

Weiters verweist Haider darauf, dass von Bundesseite keine Förderungen ausgezahlt werden können, solange in den Gemeinden nicht die erforderlichen Gemeinderatsbeschlüsse gefasst seien. Haider fordert in diesem Zusammenhang die noch säumigen Gemeinden im eigenen Interesse auf, hier nachzuziehen.